

## Staatsverweigerer strapazieren die Ämter

Im Appenzellerland leugnen manche Bürgerinnen und Bürger staatlichen Institutionen. Sie sorgen für Aufwand und schwierige Situationen.

Selina Schmid

Spätestens seit der Pandemie hat die Akzeptanz mancher Bürgerinnen und Bürger für den Staat abgenommen. Lauter und öffentlicher als zuvor kritisierten sie Bund und Kantone. Der regierende Landammann aus Appenzell Innerrhoden Roland Dähler spürt diese kritische Haltung. Er sagt: «Inzwischen gibt es Bürger, die meinen, der Staat habe ihnen gar nichts zu sagen. Sie erkennen den Staat als solches nicht mehr an.»

Während der Pandemie erreichten ihn kritische E-Mails oder Briefe. Dähler habe seinen Angaben zufolge nur geantwortet, wenn der Ton anständig gewesen sei. Er habe sich zur Gewohnheit gemacht, mit kritischen Bürgerinnen und Bürgern das persönliche Gespräch zu suchen. Manche Diskussionen seien gut verlaufen, etwa wenn er Falschinformation richtigstellen oder den Standpunkt der Regierung erklären konnte. «Oft ging es auch darum, dass sich die Menschen ernstgenommen fühlten.» In anderen Gesprächen waren die Fronten so unterschiedlich, man wurde sich nicht einig.

### Einige machen einfach nicht mit

Es sind Einzelfälle, welche nach der Pandemie kritisch geblieben sind, so Dähler. Die Tendenz, die staatlichen Institutionen zu verweigern, spüren die Kantonsangestellten direkt. Beim Betreibungs- und Konkursamt sammeln sich die Fälle, denn oftmals werden Steuerrechnungen oder andere Gebühren von Ämtern und Behörden nicht bezahlt. Der stellvertretende Amtsleiter Pascal Fässler sagt: «Wir haben einzelne Personen, welche die Legitimität des Bundes und der Kantone sowie deren Gesetze anzweifeln. Sie ignorieren Zahlungsbefehle und Amtseinladungen.»

Diese Bürgerinnen und Bürger würden ihre Haltung gegen aussen verbergen, seien aber bei den Ämtern bekannt. Ange-



Beim Betreibungs- und Konkursamt sammeln sich die Fälle der Staatsverweigerer.

Bild: Keystone

sichts der rund 1400 Innerrhoder Betreibungsfälle im Jahr sind es wenige Fälle, die jedoch einen enormen Aufwand verursachen. Das Betreibungsamt versucht wiederholt, die Schuldner zu erreichen, meist aber vergeblich. Jeder Versuch kostet, wodurch eine überschaubare Schuld doppelt oder dreimal so teuer werden könne, so Fässler. Dafür haften zwar die Schuldner. Deren Gläubiger müssen die Kosten aber vorleisten und bleiben manchmal darauf sitzen.

### Schwierige Begegnungen für Kantonsangestellte

Die Staatsverweigerer verursachen absurde Situationen. Wenn sie beim Amt vorbeikommen, seien sie konfrontativ, so Fäss-

«Man kommt auf keinen grünen Zweig.»

Pascal Fässler  
Stellvertretender Leiter  
Betreibungs- und Konkursamt  
Appenzell Innerrhoden

ler. Sie wollen Beamtenausweise sehen oder sagen, dass die Ämter Privatunternehmen seien. Die Rechnungen oder Zahlungsaufforderungen seien illegal, weswegen sie diese nicht bezahlen wollen, sagen sie. Oft hätten sie eine Begleitperson dabei. Fässler sagt: «Für uns Angestellte sind diese Begegnungen schwierig. Man kommt auf keinen grünen Zweig.» Auch in diesen Verfahren schöpfe das Betreibungsamt seine rechtlichen Möglichkeiten aus.

Die Ämter erhalten Briefe von diesen Bürgern, welche auf einschlägigen Websites heruntergeladen werden können. Darin stehen vermeintliche Rechtssätze, welche aus internationalem Recht zusammenge-

setzt sind und meist auf eine Anzeige beim internationalen Gerichtshof abzielen, so Fässler.

Roland Dähler sagt, dass Gesetze für alle gelten. Ohne sie würde einiges in der Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Wer sich nicht daran halte, der muss die Konsequenzen tragen, welche unbequem sein können. Er sagt: «Ich frage mich manchmal schon, ob sich die Personen auch den Folgen bewusst sind, wenn sie sich einfach nicht an die Regeln halten.»

### Hohe Kosten zu Lasten der Allgemeinheit

Georg Amstutz, Leiter des Ausserrhoder Kommunikationsdienstes, schreibt auf Anfrage, dass in Ausserrhoden Personen

leben, welche die Demokratie in Frage stellen und sich den staatlichen Gesetzen und gesellschaftlichen Regeln verweigern. Dies äussere sich nicht nur im Verhalten gegenüber verschiedenen Ämtern und Behörden, wodurch ein grosser zusätzlicher Aufwand entsteht. «Diese Personen verursachen so hohe Kosten zu Lasten der Steuerzahlerinnen und -zahler, zu Lasten der Allgemeinheit.»

Betroffen seien verschiedene Verwaltungsstellen, so Amstutz. Dabei sei die Gleichbehandlung von Bürgerinnen und Bürgern dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen. Darum lege er Wert auf eine konsequente Umsetzung der gesellschaftlichen und staatlichen Regeln.

## Bundesrätin nimmt Einladung an

Elisabeth Baume-Schneider hat auf den Brief von Andrea Caroni und David Zuberbühler reagiert. Sie will nach Ausserrhoden kommen.

Mea McGhee

FDP-Ständerat Andrea Caroni und SVP-Nationalrat David Zuberbühler dürfen sich schon mal Gedanken darüber machen, welche Sehenswürdigkeiten ihrer Heimat sie der neuen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider dereinst zeigen wollen. Andrea Caroni hat von der SP-Magistratin, mit der er dieses Jahr im Büro des Ständerates sass, an der traditionellen Verabschiedung zum Ende der Wintersession am Freitag eine Weihnachtskarte erhalten. Nebst dem gedruckten offiziellen Text hat Baume-Schneider handschriftlich hinzugefügt, sie wer-

de nicht vergessen, ihm Schoggi zukommen zu lassen.

### Liebhaber von Süssigkeiten

Als Liebhaber von Süssigkeiten hätten sie einander während der Sessionen jeweils gegenseitig Schoggi versprochen, erklärt Andrea Caroni auf Nachfrage. Mit «Chapeau» kommentiert er die Tatsache, dass Elisabeth Baume-Schneider angesichts ihres neuen Amtes die Zeit gefunden hat, persönlich zu antworten. Über die schriftliche bundesrätliche Zusage «de venir en Appenzell» freut sich der Ausserrhoder Ständerat. Er sagt mit einem Augenzwinkern, man

werde Elisabeth Baume-Schneider während ihres Besuches dann sicherlich den Unterschied zwischen Innerrhoden und Ausserrhoden erklären.

### Baume-Schneider an der Landsgemeinde

Zur Einladung seitens der Ausserrhoder Bundesparlamentarier war es gekommen, weil die frisch gewählte Bundesrätin kurz nach ihrer Wahl am 7. Dezember an einer Medienkonferenz gesagt hatte, sie vermute, dass Appenzellerinnen und Appenzeller die Bundesratswahlen wohl gar nicht mitbekommen hätten. Dies hatte im Appenzellerland für einige Aufregung ge-



Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Bild: Keystone

sorgt. Nach Innerrhoden wird Baume-Schneider sowieso bald reisen. Turnusgemäss wird immer die jüngst gewählte Bundesrätin beziehungsweise der Bundesrat an die Landsgemeinde eingeladen.

### Pestalozzidorf und Kantonsschule

Auf diese unbedachte Äusserung hatten Andrea Caroni und David Zuberbühler der Jurassierin einen Brief mit der Einladung nach Ausserrhoden geschrieben. Der neuen SP-Magistratin solle damit vor Ort ein persönlicher Eindruck vermittelt werden, dass das «Appenzellerland mindestens so aufge-

schlossen ist wie beispielsweise der Kanton Jura», hiess es im Schreiben.

Es könne wohl eine Weile dauern, bis Baume-Schneider ins Appenzellerland reisen werde, vermutet Andrea Caroni. Dafür habe er Verständnis, könne er doch erraten, was nun alles auf die Bundesrätin zukomme. Sollte es nach ihrer Einreiszeit zum Besuch in Ausserrhoden kommen, würde er der Justizministerin gerne Orte mit Bezug zu ihrem Departement zeigen, zum Beispiel das Pestalozzidorf. Und an die Kantonsschule Trogen würde er sie für einen Austausch mit den Lernenden gerne führen.